

# EINIG. STARK. BAUERNBUND.

**DAS PROGRAMM  
DES NÖ BAUERNBUNDES ZUR  
BAUERNKAMMERWAHL 2010**



*Niederösterreichischer Bauernbund*  
**AUS LIEBE ZUM LAND**



Unsere Spitzenkandidaten zur Bauernkammerwahl 2010:  
Hermann Schultes mit Theresia Meier und Josef Pleil.

**EINIG. STARK.  
BAUERNBUND.**



## LIEBE BÄUERINNEN UND BAUERN IN NIEDERÖSTERREICH!

Am 28. Februar 2010 sind Bauernkammerwahlen in Niederösterreich.

Für die breite Öffentlichkeit ist es eine Wahl, die sie kaum interessiert. Für rote Bauerngegner und blaue Bauernfänger eine Wahl, bei der sie aus den Sorgen der Landwirte parteipolitischen Profit schlagen wollen. Und für uns daher eine Wahl, die wir gar nicht ernst genug nehmen können.

Denn es geht bei dieser Wahl um drei Punkte, die für unsere Zukunft entscheidend sind: Um die Kraft, mit der die Bauernkammern als Beratungs- und Servicepartner für die bäuerlichen Betriebe da sein können. Um das Gewicht, das die Landwirtschaftskammer als politische Interessensvertretung der Bauern hat. Und um die Stärke, die wir als Bauernbund in der Landwirtschaftskammer und in den 21 Bezirksbauernkammern haben.

Wir haben Jahre hinter uns, die so bewegt waren wie selten zuvor: Von Verwerfungen bei den Lebensmittelpreisen über die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise bis zu Naturkatastrophen, die uns mehr betreffen als alle anderen.

Und wir haben Jahre vor uns, die wieder gewaltige Herausforderungen für uns bringen: Von der Neuverhandlung der EU-Ausgleichszahlungen ab 2013 über die Diskussion von Vermögens- und Grundsteuern bis zu neuen Chancen, die wir als Lieferant hochwertiger Lebensmittel und alternativer Energien nutzen können.

Überlassen wir daher diese Wahl nicht denen, die vorher immer lautstark schreien, aber nachher kleinlaut begeben müssen. Bauen wir unsere Zukunft nicht auf die, die in Versammlungen immer alles versprechen, aber in Verhandlungen noch nie etwas erreicht haben. Besinnen wir uns auf die Kraft, die uns stark gemacht hat. Und mit der wir unangenehme Härten verhindert und auch trotz schwierigster Bedingungen viel erreicht haben.

Natürlich haben auch wir nicht immer alles erreicht, was wir uns gewünscht haben. Aber immer noch mehr, als jede andere Interessensvertretung für ihre Mitglieder erreicht hat.

Deshalb bitten wir Sie um Ihre Stimme. Für eine Kammer, die sich stark für alle Bäuerinnen und Bauern macht.

Für den Bund, der uns stark macht. Für die Kandidatinnen und Kandidaten des Niederösterreichischen Bauernbundes.



*Präsident Hermann Schultes  
Bauernbundobmann*

## DAS PROGRAMM DES NÖ BAUERNBUNDES ZUR BAUERNKAMMERWAHL 2010

### Inhalt

Für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Bauern .....	7
Für die Perspektive unserer Jugend .....	16
Für die Leistung unserer Bäuerinnen .....	18
Für die soziale Absicherung unserer bäuerlichen Familien .....	22
Netzwerk Landwirtschaft stärken – Wenn's drauf ankommt: Bauernbund .....	25

# FÜR DEN WIRTSCHAFTLICHEN ERFOLG UNSERER BAUERN.

*Dafür setzen wir uns ein.*

**Ausgleichszahlungen geordnet fortführen.** Mittel bereitstellen und reibungslose Abwicklung über die Kammern sicherstellen.

**Belastungen verhindern.** Die Einheitswerte und die landwirtschaftliche Steuerpauschalierung müssen erhalten bleiben.

**Eigentum schützen.** Keine neuen Steuern auf Vermögen und Eigentum.

**Bioethanol, Hackgut und Biogas.** Unser Beitrag für sichere Energie aus dem Inland, zum Klimaschutz und für regionale Kreisläufe.

**Die Märkte stabilisieren, Vorratslager einrichten.** Damit die Spekulation keine Chance hat.

**Betriebsmittelkosten senken.** Keine Erhöhung der Steuern auf Betriebsmittel und europaweite Zulassung für Pflanzenschutzmittel.

**Kostenentlastung in der Tierhaltung.** Ausweitung des Tiergesundheitsdienstes bei gleichzeitiger Senkung der Kosten für die Betriebe durch Bereitstellung eines Landeszuschusses.

**GVO-Freiheit** am Acker weiterhin sicherstellen.

### **EU-Direktzahlungen erhalten.**

Auf EU-Ebene hat die Debatte über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik in der Periode 2014 bis 2020 bereits begonnen. Die politischen Gegner der Bauern haben die Agrargelder betreffend bereits deutliche Kürzungsabsichten kundgetan.

So forderte EU-Kommissionspräsident Barroso bereits im Oktober 2009 in einem Grundsatzpapier: „Der Anteil des EU-Agrarbudgets am Gesamthaushalt soll nach 2013 schrittweise sinken. Der Agrarhaushalt muss gekürzt werden, um Gelder für die neuen Ziele freizumachen.“ Weiter hieß es in dem Papier, dass „die Direktzahlungen an die Landwirte nicht nur gekürzt, sondern auch umverteilt“ werden sollen.

Im Juni 2005 stellte sich der damalige SPÖ-Kanzler Gusenbauer hinter die Radikalforderung der EU-Sozialisten, die Agrarförderungen der EU um 50 Prozent (!) zu kürzen. Der NÖ Bauernbund demonstrierte umgehend gegen dieses Vorhaben. Als 2007 die Preise besser waren, hat der damalige SPÖ-Staatssekretär Matzenetter umgehend die Kürzung der Ausgleichszahlungen verlangt.

Gegenüber dieser Front von Gegnern ist der NÖ Bauernbund die einzige Kraft in Österreich, die das Zwei-Säulen-Modell der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) erhalten möchte. Der NÖ Bauernbund lehnt weiters Kofinanzierungselemente in der ersten Säule ab, denn diese würden auf eine Renationalisierung der Ausgleichszahlungen hinauslaufen. Weiters ist es eine Grundlinie des NÖ Bauernbundes, das Programm Ländliche Entwicklung auszubauen, um Herausforderungen in neuen Bereichen zu bewältigen wie erneuerbare Energie, Klima- und Umweltschutz, Wassermanagement und Artenvielfalt. Budgetmittel zur Wertsicherung der Zahlungen aus der ersten und zweiten Säule sind zudem vorzusehen.

### **Kompetente Abwicklung der EU-Ausgleichszahlungen über die Kammern weiterentwickeln.**

In Österreich werden im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten die Beratung und Antragsstellung von EU-Ausgleichszahlungen bei der Bezirksbauernkammer durchgeführt. Dies sichert eine korrekte Antragsstellung und garantiert den Bäuerinnen und Bauern kompetente Beratung. Die zustehenden Mittel kommen auf den Höfen an. Dieses bewährte System ist beizubehalten und weiterzuentwickeln.

### **Nationale Agrarbudgets sichern.**

Der NÖ Bauernbund steht in Österreich für die Absicherung der Landwirtschaftsbudgets in den kommenden Jahren. Durch die Wirtschaftskrise wird das Geld in den öffentlichen Haushalten knapp. Finanzielle Einschnitte sind für unsere Bauern nicht verkraftbar. Zur Absicherung unserer Bäuerinnen und Bauern in Niederösterreich und zum Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft setzt sich der NÖ Bauernbund auf Bundes- und Landesebene mit Nachdruck für eine entsprechende Dotierung der Agrarbudgets in den kommenden Jahren ein.

### **Bewirtschaftung in Benachteiligten Gebieten sicherstellen.**

Der NÖ Bauernbund will die geltende Abgrenzung für Benachteiligte Gebiete auch über 2014 hinaus weitestgehend unverändert fortführen. Derzeit laufen auf EU-Ebene Verhandlungen zur Neuabgrenzung der Sonstigen Benachteiligten Gebiete. Es gibt Vorschläge, die unsere Sonstigen Benachteiligten Gebiete in NÖ mit den in Summe 2.300 betroffenen Betrieben beeinträchtigen würden. Der Bauernbund setzt sich dafür ein, dass dieser unverzichtbare Einkommensbestandteil für die Betriebe erhalten bleibt.

### **Einheitswert und Pauschalierung erhalten. Buchführungsgrenzen anheben.**

Der NÖ Bauernbund setzt sich als Einziger und mit Nachdruck für die Erhaltung des Einheitswertsystems als Basis für die Pauschalierung in der Land- und Forstwirtschaft ein. Notwendige Weiterentwicklungen des Systems zur verfassungsrechtlichen Absicherung sind umzusetzen. Keinesfalls darf es dazu kommen, dass den bäuerlichen Betrieben von anderen gesellschaftlichen Gruppen das Steuersystem diktiert wird. Angesichts der Weiterentwicklung der bäuerlichen Betriebe und der seit der letzten Anpassung erfolgten Geldentwertung setzt sich der NÖ Bauernbund für eine Anhebung der Vollpauschalierungsgrenze von 65.500 Euro auf 100.000 Euro ein. Auch die Buchführungsgrenzen sollen analog zum Rechnungslegungsrechts-Änderungsgesetz 2010 angepasst werden.

### **Eigentum schützen – keine neuen Steuern auf Vermögen und Eigentum.**

Der Bauernbund ist gemeinsam mit der ÖVP ein Bollwerk gegen die Einführung neuer Steuern auf Vermögen und Eigentum. Bis auf den heutigen Tag fordern SPÖ und Grüne die Besteuerung von Grund und Boden auf Basis von „Marktwerten“. Insgesamt wollen die SPÖ und die rote Arbeiterkammerspitze ein Volumen von drei bis vier Milliarden Euro mobilisieren. Damit würden diese „Eigentumssteuern“ oder „Reichensteuern“ breitesten Bevölkerungskreise treffen – vom Kleinbauern oder Häuselbauer bis zum Sparbuch- und Immobilienbesitzer.

So fordert die Junge Generation SPÖ in einem Grundsatzpapier unter dem Titel „Fairsteuern“ zu einer neuen Vermögenssteuer: „Vermögen sollen zu Marktpreisen bewertet werden“. Und weiter heißt es in dem Dokument: „Der (Anm.: jährlich anzuwendende) Steuersatz sollte 0,5 Prozent betragen“.

Ein ähnliches Modell einer „breiteren“ Vermögenssteuer kann sich auch die Grüne EU-Abgeordnete Ulrike Lunacek vorstellen (ORF Pressestunde, Mai 2009). Laut Lunacek soll ein Steuersatz „etwa in Höhe von 0,5 Prozent“ gelten.

Für den NÖ Bauernbund ist klar: Völlig realitätsfremde Bewertungen von Grund und Boden sind genauso abzulehnen wie eine breite Eigentumssteuer, die dem Mittelstand in die Tasche greift.

### **Der Ausbau erneuerbarer Energieträger ist der richtige Weg.**

Die österreichische wie die europäische Energieversorgung ist von importierter Kohle, importiertem Öl und russischem Gas abhängig und dementsprechend verwundbar. Das hat insbesondere die „Gaskrise“ zum Jahreswechsel 2008/2009 sehr deutlich gezeigt. Der Ausbau der Biomassennutzung in Österreich war und ist daher der richtige Weg.

Laut EU-Klima- und Energiepaket soll bis zum Jahr 2020 das sogenannte 20-20-20 Ziel erreicht werden. Das bedeutet:

- 20 Prozent Reduktion der Treibhausgase,
- 20 Prozent Steigerung der Energieeffizienz und
- 20 Prozent Anteil erneuerbarer Energieträger.

Um dieses Ziel zu erreichen, soll in Österreich der Anteil erneuerbarer Energieträger von derzeit etwa 24 Prozent auf 34 Prozent im Jahr 2020 steigen. Dem Einsatz von Biomasse kommt bei der Zielerreichung eine wesentliche Bedeutung zu.

Der Einsatz von Biomasse ist die sicherste, weil heimische, Energiequelle. Sie stärkt die regionalen Wirtschaftskreisläufe, sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung und liefert eine klimaneutrale Energiequelle. Kohle, Öl und Gas sind in jedem Fall teurer, weil zum Kaufpreis der Klimaschaden dazugerechnet werden muss. Trotzdem stellt sich die Arbeiterkammer bis in die jüngste Zeit gegen den forcierten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern.

So hat AK-Direktor Werner Muhm in einer AK-Position zur Energiepolitik vom 12. Jänner 2010 erst wieder festgestellt: „Die Einspeisetarife für die Biogasanlagen sind überhöht und eine versteckte Landwirtschaftsförderung ...“

#### **Einspeisetarife für kleine und mittlere Biomasseanlagen verbessern.**

Demgegenüber versteht sich der NÖ Bauernbund als Fürsprecher der kleinen und mittleren Biogas- und Biomasseanlagen und fordert einen entsprechenden Schwerpunkt bei der Gestaltung der Einspeisetarife.

#### **Pufferlager für Pellets.**

Pufferlager für Rohstoffe sind auch im Bereich Bioenergie wichtig, um Marktschwankungen auszugleichen und die Versorgung zu stabilisieren. Daher fordert der NÖ Bauernbund eine Pflichtlagerhaltung für Pellets. Eine solche Vorratshaltung soll wie bei Erdöl und Erdgas unter Bundesaufsicht stehen und damit die Versorgung sicherstellen und vor spekulativen Preisausschlägen schützen.

#### **Stabile Märkte sind im Interesse von Bauern, Verarbeitern und Verbrauchern.**

Auf den Agrarmärkten haben die Preisschwankungen in den letzten Jahren stark zugenommen. Nach einem Hoch im Jahr 2008 ist derzeit beispielsweise bei Getreide und Milch die Preissituation für die Produzenten sehr angespannt. Die Tierhalter sind durch die extreme Auseinanderentwicklung von Kosten und Erlösen in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Der Bauernbund setzt sich vehement für Entlastungs- und Regulierungsmaßnahmen auf den einzelnen Produktmärkten ein.

#### **Märkte entlasten.**

Der NÖ Bauernbund fordert umfangreiche Maßnahmen zur Marktentlastung und Marktsteuerung.

- Auf EU-Ebene soll es insbesondere für Getreide und Mais offensive Exporterstattungen geben. Die Kommission soll für Transporte innerhalb der Gemeinschaft auch Transportkostenzuschüsse gewähren.
- In der Zuckermarktordnung muss die Produktionsabgabe abgeschafft werden. Sie ist durch die bereits vorgenommene Marktordnungsreform hinfällig geworden. Für die Zeit nach 2015 sind verbindliche Mengenregulierungssysteme festzulegen.
- Zuckerausporte müssen möglich sein, überhaupt dann, wenn der Weltmarktpreis höher ist als bei uns.

#### **Pflichtnotstandsreserve.**

Im Sinne der nationalen Versorgungssicherheit auch in Krisensituationen muss eine Grundversorgung mit den wichtigsten Grundnahrungs- und Futtermitteln gewährleistet bleiben. Die Lebensmittelversorgung darf nicht den Spekulanten überlassen werden.

#### **Vertragslandwirtschaft weiter ausbauen.**

Der NÖ Bauernbund fordert Agrarhandel und Industrie auf, gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer Vertragsmodelle zu entwickeln und auszubauen, die nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte für die Bauern enthalten. Transparente Preisableitung und kostendeckende Mindestpreise sind unverzichtbare Anforderungen für vernünftige Vertragsmodelle und können wesentlich zur Stabilisierung der Märkte beitragen.

#### **Risikoabsicherung verbessern.**

Der NÖ Bauernbund fordert zur Begrenzung der ständig zunehmenden Produktions- und Vermarktungsrisiken deutlich bessere Absicherungsinstrumente. Niederösterreichs Bauern brauchen dringend neue Hilfestellungen gegen Ertragsausfälle durch Wetterextreme, Preisabstürze und Abnehmerkonkurse. Eine Kombination aus Versicherung und Staatsgarantie soll auf die neuen Risiken Antworten geben.

#### **GVO-Freiheit in der Pflanzenproduktion sicherstellen.**

Zur Bereitstellung nachhaltig produzierter, ehrlicher Lebensmittel für unsere Konsumenten, zum Schutz der Biobauern und zur Sicherung der Chancen für unsere konventionell wirtschaftenden Bäuerinnen und Bauern wird der Bauernbund weiterhin alle Chancen nutzen, um GVO von unseren Feldern fernzuhalten.

### **Aktive Milchbauern unterstützen.**

**Saldierung ist vorteilhaft für den Milchsektor.** Der NÖ Bauernbund setzt sich im Interesse der NÖ Milchbauern für die Beibehaltung und Weiterentwicklung der proportionalen Saldierung ein. Vorrangiges Ziel ist die Auslieferung der nationalen Quote, das Verteidigen von Marktanteilen und das Vermeiden von zusätzlichen finanziellen Nachteilen für unsere Milchbauern. Der Bauernbund fordert eine Unterstützung der Verkaufsoffensive von Milch für industrielle Verarbeitung.

**Strukturmaßnahmen im Milchbereich finanzieren.** Auf Initiative Österreichs wurden für die europäische Milchwirtschaft zuletzt 300 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Auf Österreich entfällt ein Betrag von 6 Millionen Euro. Diese Mittel sollen den Bauern unkompliziert zugute kommen.

**Lieferbeziehungen mit den Molkereien neu regeln.** Für die Zeit nach 2015 sind in den kommenden Jahren die Lieferbeziehungen zwischen den Milchbauern und den Molkereien auf eine privatrechtliche Vertragsbasis zu stellen. Der NÖ Bauernbund ist die treibende Kraft, dass dieses privatwirtschaftliche Mengenmanagement ausgewogen gestaltet wird und dass auch in Gebieten mit natürlichen Benachteiligungen und Strukturteilen eine nachhaltige Produktion möglich bleibt.

**Impfung gegen die Blauzungenkrankheit beibehalten.** Der NÖ Bauernbund spricht sich konsequent für die Beibehaltung der flächendeckenden Impfung gegen die Blauzungenkrankheit aus. Diese soll, wie ursprünglich geplant, in Summe drei Jahre von der öffentlichen Hand finanziert werden. Es wäre für Österreichs Rinderwirtschaft ein enormer Schaden, sollte der Status „Blauzungenfrei“ bis 2011 nicht wiedererlangt werden können.

### **Schweinehalter bei der Umstellung auf Gruppenhaltung unterstützen.**

Ab dem Jahr 2013 ist die Gruppenhaltung tragender Sauen verpflichtend vorgeschrieben. Ein wesentlicher Teil der zuchtsauenhaltenden Betriebe in NÖ hat zumindest in Teilbereichen Handlungsbedarf. Der NÖ Bauernbund fordert für die Schweinehalter die ausreichende Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Rahmen der Investitionsförderung.


### **Holz verstärkt als Baustoff einsetzen.**

Zur Belegung des schwachen Holzmarktes fordert der NÖ Bauernbund die verstärkte Verwendung von Holz als Baustoff. Vor allem bei Bauprojekten im Rahmen der Konjunkturpakete des Bundes und des Landes sowie bei öffentlichen Bauvorhaben soll Holz als Baustoff bevorzugt zum Einsatz kommen. Diese Maßnahme wäre ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der nationalen CO<sub>2</sub>-Bilanz und würde auch die Bereitstellung von Sägereholz als Biomasse aus dem Wald erhöhen.

### **Bioverordnung praxistauglich gestalten.**

Der NÖ Bauernbund setzt sich für eine praktikable nationale Umsetzung der novellierten EU-Bioverordnung ein.

- Es soll sinnvolle Ausnahmeregelungen vom verpflichtenden Weidegang für pflanzenfressende Tiere geben.
- Die verpflichtende Schmerzausschaltung etwa beim Schwanzkupieren von Schafen oder beim Kastrieren von Ferkeln soll in einer für den Tierhalter praktikablen und umsetzbaren Art und Weise erfolgen.
- Der geplante österreichweite Sanktionskatalog für die Biokontrolle darf keinesfalls zu einer Verschärfung der Sanktionen oder zu einem höheren finanziellen oder bürokratischen Aufwand im Umfeld der Biokontrolle führen.



**EHRlich.  
VERLÄSSlich.  
BAUERNBUND.**

## Das haben wir erreicht.

- **GAP Reform** umgesetzt und bis 2013 gesichert. Für NÖ bedeutet das in Summe ein Volumen an Ausgleichszahlungen von 287 Millionen Euro in Form der Einheitlichen Betriebsprämie und tier- und flächenbezogenen Leistungsabgeltungen.
- **Milchkuhprämie** fixiert im Volumen von 5,2 Millionen Euro jährlich in NÖ.
- **ÖPUL 2007** als wegweisendes Umweltprogramm in Europa wieder durchgesetzt. Für NÖ bedeutet das ein Prämienvolumen von jährlich 192 Millionen Euro.
- **Ausgleichszulagen** für Berggebiete und Benachteiligte Gebiete auf europaweit höchstem Niveau gesichert im Ausmaß von 52 Millionen Euro pro Jahr in NÖ.
- **Antragsgenauigkeit** mit der Landwirtschaftskammer macht sich bezahlt: Vollständige Umsetzung der Digitalisierung führt zu geringstmöglicher Kontrolldichte. In NÖ wird jeder dreißigste Betrieb kontrolliert, in anderen Bundesländern jeder sechste.
- **Investitionsförderung** und Erstiniederlassung zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit wurden massiv gestärkt. Seit 2007 gab es in NÖ bereits 8.600 Anträge über eine Investitionssumme von 665 Millionen Euro.

Weiters in NÖ umgesetzt wurden:

- Attraktive Fördersätze für **Tierhaltungsbetriebe**.
- Zusätzliche Landesunterstützung in Höhe von 264.000 Euro für Haltungsumstellungen im **Geflügelbereich**.
- **Investitionszuschüsse** für Geräte der Außenmechanisierung.
- Abbau der Wartezeiten bei **Direktzuschüssen** und AIK.
- Umstellungsmaßnahmen und Investitionen im **Weinbau** wurden im Rahmen der Weinmarktordnungsreform 2008 bestmöglich unterstützt. Die Aufbesserung bleibt weiter möglich und für die Weinwirtschaft im Gesamten gibt es eine Aufstockung des nationalen Finanzrahmens von sieben auf 13 Millionen Euro pro Jahr im Zeitraum 2009 bis 2015. Mit diesen Mitteln werden zusätzliche Maßnahmen u.a. in den Bereichen Marketing, Absatzförderung und Kellertechnik finanziert.
- **Erbschafts-** und **Schenkungssteuer** abgeschafft.

- Verbesserung für Nebenerwerbsbauern in der **Arbeitslosenversicherung**.
- Mineralölsteuerrückvergütung bei **Agrardiesel** umgesetzt. Den NÖ Bauern bringt dies eine jährliche Rückvergütung von 19,5 Millionen Euro.
- **Bioethanolfabrik** Pischelsdorf errichtet und 2008 in Betrieb genommen und weitere Möglichkeiten im Energiebereich wie Biogas und Ökostrom forciert.
- Insgesamt wurden seit 2004 für rund 200.000 Hektar **Verarbeitungsmöglichkeiten** im Inland und damit Nachfrage im Energie- und Lebensmittelbereich neu geschaffen.
- **NÖ Grundverkehrsgesetz** tritt 2007 in Kraft mit Stärkung der Stellung bäuerlicher Interessen und der Bezirksbauernkammern in den Grundverfahren.
- Lockerungen im Bereich wirkstoffidenter **Arzneimittel** und **Pflanzenschutzmittel**.
- Konkursvermeidung des Tiefkühlverarbeiters **Frenzel-Austria Frost**.
- Vorschriften für **Tiertransporte** praxisgerecht und unbürokratisch umgesetzt.
- Holzvermarktung im **Kleinwald** durch gemeinschaftliche Vermarktungsinitiativen professionalisiert.
- **Bio-Milchbauern** im Ybbstal konnten durch Initiativen des NÖ Bauernbunds und der LK NÖ wieder eine gute Vermarktungslösung finden.
- Zusammenführung der **Rinderbesamung** NÖ und Steiermark zu einer gemeinsamen Firma bringt erhöhte Schlagkraft und Serviceorientierung.
- **Ausbildungsprogramm** für Stallprofis, um Tierhalter im Krankheits- oder Urlaubsfall zu entlasten. Das Land NÖ fördert diese Einrichtung.
- Österreichweite Klassifizierungsdatenbank für **Schlachtdaten** bringt verbesserte Abrechnungssicherheit.
- Genossenschaftliche Vermarktung im **Schaf-** und **Ziegenfleischbereich** durch Gründung der Schaf- und Ziegenbörse bringt verbesserte Marktstellung.
- Optionsmöglichkeit in der **Sozialversicherung** geschaffen.
- Absenkung der **Mehrwertsteuer** auf Lebensmittel verhindert.
- **Steuerreform 2009** mit Tarifentlastung und Gewinnfreibetrag für Landwirte. Erstmals wird mit der Steuererklärung 2009 wirksam, dass Unternehmer erst ab einem Gewinn von 11.000 Euro besteuert werden. Weiters für Landwirte wirksam wird ein Gewinnfreibetrag in Höhe von 13 Prozent des erzielten Gewinns. Bis zu einem Jahresgewinn von 30.000 Euro gilt der Freibetrag pauschal, ohne Nachweis von Investitionen auch für voll- und teilpauschalierte Landwirte („Grundfreibetrag“).

# FÜR DIE PERSPEKTIVE UNSERER JUGEND.

*Dafür setzen wir uns ein.*

**Die Jungübernehmerförderung** soll auch in Zukunft den Start in die Selbständigkeit als Bauer und Bäuerin erleichtern.

**Niederösterreich investiert in die Ausbildung der bäuerlichen Jugend.** Die landwirtschaftlichen Schulen sollen modernisiert und praxisingerecht weiterentwickelt werden.

**Netzwerke schaffen.** Die Landjugend und die Bäuerinnen sollen weiterhin die Möglichkeiten haben, die Kooperation mit den Konsumenten aber auch mit allen Verbänden der Landwirtschaft zu verbessern und zu verstärken.

**Stipendien** für die studierende bäuerliche Jugend.

## **Das wollen wir für junge Hofübernehmer erreichen:**

- Erhaltung der Prämien für die Erstniederlassung.
- Neues Angebot einer Schwerpunktberatung Hofübergabe (gesamtheitliche Betriebsberatung).
- Erarbeitung von Modellen zur Überbrückung der Zeit bis zur Übergabe.
- Verbesserte Förderung von Auslandsaufenthalten.
- Ausbau der Stipendien für die bäuerliche Jugend.

## **Modernisierungsprogramm für landwirtschaftliche Schulstandorte in NÖ.**

In den Jahren bis 2013 sollen die landwirtschaftlichen Fachschulen in NÖ modernisiert und ausgebaut werden. Durch dieses Programm bleiben die Berufs- und Fachschulen auf dem neuesten Stand und halten das Ausbildungsangebot attraktiv.

## **NÖ als führenden agrarischen Bildungsstandort erhalten.**

Neben Lehrlingsstelle, Fachschulen und Meisterausbildung ist Niederösterreich auch durch sein Angebot an weiterführenden landwirtschaftlichen Bildungseinrichtungen der führende Standort des agrarischen Bildungswesens in Österreich.

*Dafür setzen wir uns ein.*

Institutionen wie das Francisco Josephinum in Wieselburg, die Höhere Bundeslehranstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg, die Höhere Bundeslehranstalt in Sitzenberg und verschiedene Standorte der Universitäten für Bodenkultur und Veterinärmedizin bringen ein dichtes und qualifiziertes Ausbildungsangebot für unsere Jugend. Eine Fachhochschule zur Stärkung der akademischen Ausbildung in Landwirtschaft, Bioenergiewirtschaft und Weinbau soll in NÖ eingerichtet werden.

## **Netzwerke ausbauen – Landjugend und Bauernbundjugend liegen im Trend.**

Die Landjugend und die Bauernbundjugend bieten Plattformen für junge, engagierte Menschen. Wir wollen jungen Menschen auch über Berufsgrenzen hinweg die Möglichkeit bieten, sich selbst und ihre Meinungen einzubringen.

Mit Diskussionsveranstaltungen, Seminaren und Exkursionen wollen wir junge Meinungen für einen erfolgreichen Ländlichen Raum bündeln. Wir wollen unsere Zukunft aktiv gestalten und laden dazu alle ein, denen Werte wie Landwirtschaft und Nachhaltigkeit, Familie und Gesellschaft, Ökologie und Verantwortung wichtig sind.

ZUKUNFT.  
ZUVERSICHT.  
BAUERNBUND.

# FÜR DIE LEISTUNG UNSERER BÄUERINNEN.

*Dafür setzen wir uns ein.*

Frauen als gleichberechtigte **Partnerinnen** in Familie, Politik und Betrieb.

**PartnerKraft** als Schwerpunktaktion der Landwirtschaftskammer soll das verbesserte Zusammenwirken in der Familie, mit den Wirtschaftspartnern zur Stärkung der Betriebe fördern.

Breites Angebot an **Kinderbetreuungsmöglichkeiten**, damit Familie und Beruf einander nicht ausschließen.

Verbesserte soziale **Absicherung** der Bäuerinnen – Erhöhung des Wochengelds.

Neue Modelle der häuslichen **Pflege**.

**Familienpaket** bringt Vorteile für Bauernfamilien.

## **Partnerschaft auf Augenhöhe.**

Gelebte Partnerschaft ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Landwirtschaft als Lebensform attraktiv ist. Zudem werden über 40 Prozent der bäuerlichen Betriebe in NÖ von Frauen geführt. Als Partnerin, Betriebsführerin und vielfach auch als das Herz der Familie leisten die Bäuerinnen unverzichtbare Dienste.

Diese zentrale Stellung der Frauen in der landwirtschaftlichen Lebenswelt soll auch in Interessenvertretung und Politik zur Geltung kommen. Der NÖ Bauernbund forciert Frauen für Funktionen auf allen Ebenen. Insbesondere in den Bezirksbauernkammern, in der NÖ Landwirtschaftskammer, in der Sozialversicherung der Bauern, im NÖ Landtag und in National- und Bundesrat sowie für hohe Ämter in der Europäischen Union hat der NÖ Bauernbund Frauen für führende Funktionen nominiert. Dieser Grundsatz wird auch in Zukunft hohen Stellenwert behalten.

## **Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

Dies ist auch für Bäuerinnen eine große Herausforderung. In Niederösterreich gibt es vor allem auch aufgrund des Einsatzes des Bauernbunds ein hervorragendes und breites Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen. Dieses Angebot soll ständig verbessert und weiter ausgebaut werden.

*Dafür setzen wir uns ein.*

## **Erhöhung des Wochengelds.**

Eine offene Forderung der Bäuerinnen ist die Erhöhung des Wochengelds von aktuell rund 25 Euro auf 50 Euro pro Tag. Erreicht werden soll damit die längst fällige Annäherung an das Wochengeld von unselbstständig erwerbstätigen Frauen, bei denen der durchschnittliche Nettoverdienst die Berechnungsgrundlage ist.

## **Neue Modelle und verbesserte Entlohnung der häuslichen Pflege.**

Im bäuerlichen Bereich ist die Pflege zu Hause weit verbreitet. Unsere Sozialsysteme wären völlig überfordert, würden die Bäuerinnen die Last der häuslichen Pflege nicht übernehmen. Für viele Bäuerinnen führt die Dreifachbelastung Familie, Betrieb und Pflege zunehmend zur Überlastung. Um dieser Belastung entgegenzuwirken, setzt sich der NÖ Bauernbund über die bestehenden Hilfestellungen hinaus ein für neue Modelle der Pflege und eine umfassende finanzielle Besserstellung und soziale Absicherung der Pflegepersonen.



**EINIG. STARK.  
BAUERNBUND.**

# Das haben wir erreicht.

## **Soziale Sicherheit ist ein Grundrecht.**

Auch für unsere Bäuerinnen. Mit der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (2002), der Einführung des Pflegegeldes (1993) und mit der Bäuerinnenpension (1992) wurden wegweisende Maßnahmen gesetzt.

Mit dem Sozialrechtsänderungsgesetz 2009 wurden wiederum Verbesserungen in Kraft gesetzt. Dazu zählen

- Vorteile für pflegende Angehörige – das sind im Wesentlichen die Bäuerinnen – bei der Weiter- und Selbstversicherung in der Pensionsversicherung. Hier übernimmt die SVB die Pensionsversicherungsbeiträge und ermöglicht auch eine beitragsfreie Krankenversicherung.
- Weiters wird die von der SVB veranstaltete Erholungsaktion für pflegende Angehörige auch 2010 fortgeführt. In Notfällen stehen auch weiterhin die bewährten Instrumente zur Verfügung:
- Dorfhelferinneneinsätze werden von Seiten des Landes NÖ gestützt und
- die soziale Betriebshilfe via Maschinenringe soll ebenfalls weiterentwickelt werden.

## **Entlastung bei der Kinderbetreuung.**

Konkrete Maßnahmen, die auch die Bäuerinnen entlasten, sind:

- Förderung der Nachmittagsbetreuung in Kindergärten und in Pflichtschulen
- Ausbau der Betreuung durch Tagesmütter/-väter und finanzielle Hilfe bei einer Betreuung durch eine Tagesmutter/-vater
- Kindergarten für Zweieinhalbjährige – Kinder zwischen zweieinhalb und drei Jahren können seit kurzem im Kindergarten betreut werden.

## **Absicherung für pflegende Angehörige.**

Eine deutliche Besserstellung konnte mit dem Sozialrechtsänderungsgesetz 2009 für Personen erreicht werden, die einen nahen Angehörigen ab Pflegegeldstufe 3 zu Hause pflegen. Konkret beschloss der Nationalrat für diesen Personenkreis die gänzliche Übernahme der Pensionsversicherungsbeiträge sowie einen beitragsfreien Krankenversicherungsschutz. Für viele, die diese große Aufgabe erfüllen und durch die Angehörigenpflege stark belastet sind, bringt dies eine wichtige Verbesserung.

## **Steuerreform 2009 – Entlastung für Bauernfamilien.**

Im Rahmen der Steuerreform 2009 entfallen 510 Millionen Euro auf die Entlastung der Familien. Die einzelnen Maßnahmen betreffen die Einführung einer 13. Familienbeihilfe, die Anhebung des Kinderabsetzbetrages, die Einführung eines Kinderfreibetrages, die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten sowie steuer- und sozialversicherungsfreie Zuschüsse des Arbeitgebers zur Kinderbetreuung.

- Einführung einer 13. Familienbeihilfe – Bereits im September 2008 wurde die Einführung einer 13. Familienbeihilfe im Nationalrat beschlossen. Einmal jährlich, im September, wird die gesamte Familienbeihilfe inklusive aller Zuschläge und Staffelungen verdoppelt. Im bäuerlichen Bereich gibt es rund 89.000 Kinder. Insgesamt ergibt sich daraus durch die 13. Familienbeihilfe eine Entlastung der bäuerlichen Familien von rund 12 Mio. Euro.
- Anhebung des Kinderabsetzbetrages – Der Kinderabsetzbetrag wird von 50,90 Euro auf 58,40 Euro monatlich für jedes Kind angehoben. Der Kinderabsetzbetrag wird gemeinsam mit der Familienbeihilfe ausbezahlt. Für die bäuerlichen Familien bedeutet die Erhöhung des Kinderabsetzbetrages eine jährliche Entlastung von rund 8 Mio. Euro.
- Einführung eines Kinderfreibetrages – Durch die Einführung eines Kinderfreibetrages können jährlich 220 Euro pro Kind geltend gemacht werden. Machen beide Elternteile den Freibetrag geltend, so werden jedem Elternteil 60 Prozent des Freibetrages (132 Euro) angerechnet.
- steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten – Bis zum 10. Lebensjahr des Kindes können Kinderbetreuungskosten in Höhe von 2.300 Euro pro Kind geltend gemacht werden. Dabei muss die Betreuung in privaten oder öffentlichen Kinderbetreuungsinstitutionen oder von einer pädagogisch vergleichbar tätigen Person erfolgen.
- steuer- und sozialversicherungsfreie Zuschüsse des Arbeitgebers zur Kinderbetreuung – Bis zu 500 Euro pro Kind und Jahr kann der Arbeitgeber als steuer- und sozialversicherungsfreie Zuschüsse zur Kinderbetreuung beitragen.

# FÜR DIE SOZIALE ABSICHERUNG DER BÄUERLICHEN FAMILIEN.

## *Dafür setzen wir uns ein.*

Finanzierung der bäuerlichen **Sozialversicherung** dauerhaft absichern.

**Ungerechtigkeiten beseitigen.** Einsatz mit Nachdruck für verbesserten Berufsschutz und für einheitliche Regelungen bei Selbstbehalten und Kostenanteilen.

**Leistungen weiter ausbauen.** Vorteile für mitversicherte Bauernkinder und pflegende Angehörige erreicht.

**Fiktives Ausgedinge absenken.** Bei Bauernpensionisten werden bei der Berechnung der Ausgleichszulage derzeit 20 Prozent des Richtsatzes als „fiktives Ausgedinge“ angerechnet. Der NÖ Bauernbund fordert eine weitere Absenkung des fiktiven Ausgedinges ohne zugleich die Beitragssätze zu erhöhen.

### **Finanzierung der Sozialversicherung der Bauern sicherstellen.**

Die bäuerliche Sozialversicherung hat im Jahr 2009 mit einem Gesamtbetrag von 2,92 Milliarden Euro das bis dahin größte Leistungsvolumen an ihre Mitglieder erbracht. Auf die Pensionszahlungen an die rund 184.000 Bauernpensionisten entfallen davon rund 2 Milliarden Euro (70 Prozent).

Im Rahmen der Krankenversicherung hat die SVB Leistungen von 562 Millionen Euro erbracht (19 Prozent des Gesamtvolumens).

An Pflegegeld wurden 212 Millionen Euro ausbezahlt (7 Prozent) und im Rahmen der Unfallversicherung wurden Leistungen im Umfang von 115 Millionen Euro (4 Prozent) erbracht.

Einnahmenseitig sind in der SVB etwa 286.000 Betriebe erfasst, die im Jahr 2009 in Summe ein Beitragsaufkommen von 802 Millionen Euro erbrachten (27,5 Prozent des Gesamtbudgets). Der Bund steuerte mit 2,12 Milliarden Euro 72,5 Prozent des SVB-Budgets bei.

Der Bauernbund und seine Mandatäre sind in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung die Fürsprecher der Bauernschaft. Denn es gilt, die jeweiligen Regierungen von der Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung für agrarische Sozialleistungen zu überzeugen. Noch wichtiger ist es aber, die Bevölkerung über die vielfältigen Funktionen zu

informieren, die die Landwirte für die Gesellschaft erfüllen. Dabei muss sich jeder vor Augen halten, „wer kein Geld gibt, gefährdet nicht nur den Bauernstand, sondern das Gesamtgefüge“.

In den Selbstverwaltungskörpern der SVB schaffen die bäuerlichen Mandatäre durch eine positive Geschäftsgebarung die Grundlage für den Fortbestand der Institution.

### **Bauernbund steht für Einigkeit.**

Die Finanzierung der bäuerlichen Sozialversicherung ist von entscheidender Bedeutung. Der politische Gegner versucht hier, Groß- und Kleinbetriebe sowie Marktfrucht- und Grünlandbetriebe gegeneinander auszuspielen. Uneinigkeit wäre aber das schlechteste Ergebnis für die österreichischen Landwirte. Dann droht die Gefahr, dass den Bauern ein neues Steuer- und Sozialversicherungssystem diktiert wird. Der Bauernbund steht für die Einigkeit der Bauern und für eine in Summe vorteilhafte Lösung für den bäuerlichen Sektor.

### **Der Bauernbund fordert eine Härtefallregelung für Berufsunfähigkeit vor dem 57. Lebensjahr.**

Nach wie vor ungelöst ist das Problem des Pensionsantrittsalters von bäuerlichen Versicherten insbesondere im Krankheitsfall. Der NÖ Bauernbund tritt für eine Härtefallregelung für schwerkranke Versicherte ein, die nicht mehr in der Lage sind, ihren Beruf auszuüben und aufgrund der aktuellen Berufsschutzregelungen aber vor dem 57. Lebensjahr keine Erwerbsunfähigkeitspension erhalten können. Gerade für die Bauern, die unbestritten ihr Leben lang schwere Arbeit leisten, ist eine Gleichstellung mit anderen Berufsgruppen nur recht und billig.

### **Selbstbehalte und Kostenanteile vereinheitlichen.**

Während die Beitragssätze schon weitgehend vereinheitlicht sind, gibt es zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern noch deutliche Unterschiede bei Selbstbehalten und Kostenanteilen. Der NÖ Bauernbund drängt auf eine einheitliche Regelung bei allen Trägern.

## Das haben wir erreicht.

### **Kinder ohne Kosten zum Arzt – Mehr Gerechtigkeit für Bauernfamilien.**

Seit 2009 sind, so wie für die übrigen Österreicher seit langem, nun auch im bäuerlichen Bereich die mitversicherten Kinder vom Kostenanteil für ärztliche Hilfe, Zahnbehandlung, Heilbehelfe, Krankentransporte und Ambulanzbesuche ausgenommen. Die damit erreichte Gleichstellung der bäuerlichen Familien mit allen anderen Berufsgruppen ist ein wichtiger familienpolitischer Schritt und eine spürbare Entlastung für die Bauernfamilien. Weiters erreicht wurden Verbesserungen bei der Kostenbeteiligung bei Heilbehelfen und Hilfsmitteln, wo der Kostenanteil für alle bäuerlichen Versicherten halbiert wurde.

### **Absicherung für Pflegegeldbezieher.**

Eine deutliche Besserstellung konnte mit dem Sozialrechtsänderungsgesetz 2009 für bäuerliche Pflegegeldbezieher erreicht werden. Dazu zählen rund 38.000 Personen, das sind mehr als 20 Prozent der Bauernpensionsbezieher. Konkret beschloss der Nationalrat die gänzliche Übernahme der Pensionsversicherungsbeiträge sowie einen beitragsfreien Krankenversicherungsschutz für jene Personen, die einen nahen Angehörigen ab Pflegegeldstufe 3 zu Hause pflegen. Für viele, die diese große Aufgabe erfüllen und durch die Angehörigenpflege stark belastet sind, bringt dies eine wichtige Verbesserung. Wenn es dadurch außerdem gelingt, dass eine Heimpflege nicht immer notwendig wird, profitieren davon auch die pflegebedürftigen Menschen.

### **Obergrenze für Rezeptgebühren eingeführt.**

Seit dem Jahr 2008 müssen Rezeptgebühren pro Kalenderjahr nur mehr im Ausmaß von zwei Prozent des Jahresnettoeinkommens entrichtet werden.

### **Selbstständigenvorsorge für Landwirte auf freiwilliger Basis.**

Analog zur „Abfertigung neu“ für Unselbstständige können Land- und Forstwirte und deren hauptberuflich im Betrieb beschäftigten Angehörige seit 1. Jänner 2008 freiwillig in die Selbstständigenvorsorge eintreten. Der Beitragssatz beträgt wie in anderen Berufsgruppen 1,53 Prozent der Beitragsgrundlage in der Pensionsversicherung.

## WENN'S DRAUF ANKOMMT: BAUERNBUND.

### **Agrarische Marktordnung durchgesetzt.**

Als im Juni 2007 die Agrarmarktordnung aufgrund einer Blockadepolitik der SPÖ auf Messers Schneide gestanden ist, hat der NÖ Bauernbund mit Demonstrationen in Wieselburg, Grafenwörth und Gföhl den politischen Druck zur Beschlussfassung aufgebaut.

### **Pfeilkampagne macht auf Leistungen der Bauern aufmerksam.**

„Hier sorgen die Bauern für gesunde Lebensmittel“ – mit solchen und vielen ähnlichen Positivfeststellungen hat der NÖ Bauernbund im Sommer 2008 landesweit auf die Leistungen der Bauern für die Gesellschaft aufmerksam gemacht. Die Botschaften wurden mittels gut sichtbaren grünen Pfeilen transportiert. In NÖ wurden bei dieser Aktion über 1.000 Pfeile aufgestellt.

### **Kundgebungen gegen Schleuderpreise im Lebensmittelhandel.**

Als die Handelsketten im Frühjahr 2008 begonnen haben die Regalpreise für Milchprodukte drastisch abzusinken, hat der NÖ Bauernbund mit Kundgebungen vor Verteilerzentren der wichtigsten Lebensmittelketten reagiert. In einer Resolution protestierte der NÖ Bauernbund gegen den „unakzeptablen Preisdruck auf die agrarischen Erzeugerpreise“.

### **Sympathieaktionen der Bäuerinnen.**

Die Bäuerinnen haben Lebensmittel verteilt und Informationen für die Konsumenten weitergegeben. So haben an einem Tag 10.000 Bäuerinnen daran teilgenommen.

### **TIERSCHUTZ JA – ABER MIT RÜCKSICHT AUF DIE TIERHALTER.**

### **Ausnahmen vom Verbot der dauernden Anbindehaltung von Rindern.**

Der NÖ Bauernbund fordert Rechtssicherheit bezüglich des Verbots der dauernden Anbindehaltung. In der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Lage ist vor allem für Betriebe, die bis zum zeitnahen Pensionsantritt weitergeführt werden müssen, eine verträgliche und verhältnismäßige Lösung anzubieten.

### **Besatzdichten bei Mastgeflügel erhöhen.**

Bei den Besatzdichten in der Mastgeflügelhaltung fordert der NÖ Bauernbund eine Anhebung der derzeit geltenden Werte auf ein Niveau, das die Produktion im Inland ermög-

licht und die Lieferfähigkeit sichert. Durch die Verdrängung der Produktion aus Österreich aufgrund überzogener Haltungsvorschriften ist dem Tierschutz am allerwenigsten gedient.

### **Übergangsbestimmungen für die Gruppenhaltung von Sauen erweitern.**

Bei der Umstellung auf die verpflichtende Gruppenhaltung von Zuchtsauen fordert der NÖ Bauernbund ausreichend finanzielle Unterstützung für die Sauenhalter. Weiters sind für Betriebe, die nur noch bis zum zeitnahen Pensionsantritt weitergeführt werden, verträgliche und verhältnismäßige Lösungen anzubieten.

Ferkelkastration mittels chirurgischer Methode: Zur Schmerzlinderung bei der Kastration von Ferkeln beharrt der NÖ Bauernbund auf der aktuell geltenden chirurgischen Methode nach den Vorgaben des Tierschutzgesetzes. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen gibt es derzeit keine praxistaugliche alternative Methode.

### **WIRKSAME ÖFFENTLICHKEITSARBEIT - BOLLWERK GEGEN DIE ARBEITERKAMMER.**

#### **Lebensmittelpreise – Bauern sind keine Preistreiber.**

In der gesellschaftlichen Debatte über Preissteigerungen bei Lebensmitteln hat der NÖ Bauernbund in bisher drei Medienkampagnen den Standpunkt der Bauern mit breitem öffentlichen Echo dargestellt.

Anlass dafür war unter anderem die Agitation der Arbeiterkammer, die den Bauern die Schuld an den Preissteigerungen zuschieben wollte.

Im Juni 2008 stellte AK-Präsident Herbert Tumpel in einer Pressekonferenz fest: „Ich sage: Jetzt muss Schluss sein. Es ist ja kein Spaß, wenn sich die Menschen dreimal überlegen müssen, ob sie sich das Brot und die Milch noch leisten können“.

Gegen diese Position ist der Bauernbund aufgetreten und hat bereits im Juni 2007 eine Medienkampagne gestartet mit dem Leitspruch: „Wenn Lebensmittel teurer werden, klingeln die Kassen. Fragt sich nur, wo?“

Ein Jahr später folgte eine weitere Kampagne mit dem Generalthema: „Sie fragen sich, woher die steigenden Lebensmittelpreise kommen. Wir uns ehrlich gesagt auch.“

Und im Herbst 2009 folgte in mehreren Staffeln die dritte Kampagne mit dem Thema: „Sie zahlen mehr. Wir bekommen weniger. So zahlen wir alle drauf.“

### **BAUERN UND KONSUMENTEN ALS PARTNER.**

#### **Positivaktionen für Milchprodukte.**

Mit einer Reihe von Positivaktionen hat sich der NÖ Bauernbund direkt an die Konsumenten gewandt und die Partnerschaft zwischen Bauern und Bevölkerung gestärkt.

Große Resonanz brachte beispielsweise das im Herbst 2009 durchgeführte Gewinnspiel „Käse braucht Milch“. Weiters gab es zum Weltmilchtag 2009 eine von den NÖ Bäuerinnen getragene Aktion in Schulen. Und im Frühjahr 2009 haben die Bäuerinnen mit der Verteilaktion „Milch-Butter-Käse“ direkt vor Lebensmittelmärkten eine große Zahl von Konsumenten angesprochen und über bäuerliche Belange informiert.

#### **Kampagne gegen Analogkäse und Schummelschinken.**

Auswüchse des Preiskampfes der Handelsketten sind ausländische Billigprodukte und künstlich erzeugte Nahrungsstoffe. Durch gezielte Medienarbeit hat der NÖ Bauernbund solche Entwicklungen thematisiert. Gute Information war in diesem Fall das beste Mittel gegen die Täuschung der Konsumenten.

Der NÖ Landtag hat eine vom Bauernbund initiierte Resolution zur Kennzeichnung von Lebensmittelimitaten verabschiedet. Tenor: „Nur Produkte aus Milch dürfen als Käse bezeichnet werden.“ Mittlerweile dürfen Lebensmittel nur mehr als „Käse“ bezeichnet werden, wenn sie mit Milch hergestellt wurden.

#### **AMA-Gütesiegel weiter stärken.**

Das AMA-Gütesiegel steht für Herkunft und Produktion von Lebensmitteln in Österreich. Der NÖ Bauernbund setzt sich für eine möglichst breite Verwendung dieses Gütesiegels ein. Aufholbedarf gibt es im Bereich Getreide-Mehl-Backwaren. Weiters soll das neue AMA-Gütezeichen für Wurst und verarbeitetes Fleisch rasch von den Vermarktungspartnern umgesetzt werden. Wir fordern das AMA-Gütezeichen für Brot aus Österreich.

#### **Wo Österreich drauf steht, soll Österreich drin sein.**

Viele Handelsprodukte täuschen durch Namensgebung oder rot-weiß-rote Farbsymbole eine regionale Herkunft aus dem Inland nur vor. Der NÖ Bauernbund tritt mit Nachdruck für eine gesetzliche Regelung ein, die irreführenden Herkunftsangaben einen Riegel vorschreibt.

#### **Positivkennzeichnung in der Gastronomie.**

Bei der Lebensmittelkennzeichnung besteht derzeit eine Lücke im Bereich der Gastronomie. Eine Positivkennzeichnung auf Speisekarten und Aushängen trägt dem Konsumentenwunsch nach Transparenz Rechnung. Insbesondere bei Eiern ist aufgrund des vorgezogenen Verbots der Käfighaltung eine verpflichtende Auslobung der Haltungsform und eine Kennzeichnung der verwendeten Eier in der Gastronomie und in der Verarbeitung gesetzlich vorzusehen.

# **WEIL'S DRAUF ANKOMMT: BAUERNBUND WÄHLEN!**

Agrarpolitik wird jeden Tag gemacht. Wenn nicht mit uns,  
dann in jedem Fall ohne uns – und damit gegen uns Bauern.

Der Bauernbund ist der einzige Garant für eine verantwortungsvolle Agrarpolitik. Die Höhe des Agrarbudgets, die Mittel für das Umweltprogramm und die Ausgleichszulage für die Bergbauern, die soziale Absicherung der bäuerlichen Familien und der Schutz des Eigentums sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie wurden von uns Bäuerinnen und Bauern im Bauernbund hart erkämpft und abgesichert.

Der Bauernbund ist die überzeugende und durchsetzungskräftige Vertretung der heimischen Bauernschaft. Österreichs Landwirtschaft braucht mehr denn je ein starkes Gewicht bei den EU-Budgetverhandlungen in Brüssel.

Sie braucht mehr denn je die nationale Bedeckung der Agrarbudgets und die Durchsetzung landwirtschaftlicher Anliegen in der Gesetzgebung. Und sie braucht mehr denn je den inneragrarischen Ausgleich unterschiedlicher Interessen.

Der Bauernbund ist die kräftige Stimme der Bauern in der Gesellschaft. Niemand sonst erhebt Widerspruch, wenn die Bauern ungerechtfertigt als Preistreiber, Klimasünder oder Tierquäler dargestellt werden.

Niemand sonst stellt die vielfältigen Leistungen der heimischen Bauernschaft für Österreich und seine Bevölkerung so aktiv und offensiv dar.

Niemand sonst ist für alle Bauern in unserem Land da.

Nur ein starker Bauernbund ist die Garantie dafür,  
dass die Interessen der bäuerlichen Familien  
auch in Zukunft wahrgenommen und umgesetzt werden.

Im Land, im Bund und in der Landwirtschaftskammer.